

## **Mißstimmung statt Harmonie**

### **In der Koalition von SPD und Linkspartei.PDS mehrten sich sieben Monate vor der Wahl die öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten**

Vier Jahre lang teilten SPD und Linkspartei.PDS harmonisch die Berliner Regierungsbank. Beide Seiten verzichteten fast vollständig auf gegenseitige Attacken. Gezielte Indiskretionen über den Koalitionspartner, wie sie noch bei der großen Koalition von CDU und SPD an der Tagesordnung waren, blieben gänzlich aus, wie auch öffentliche Häme gegenüber zeitweise schwächelnden Senatoren.

Doch jetzt, sieben Monate vor der Abgeordnetenhauswahl, scheinen die bislang stets zur Schau getragenen Gemeinsamkeiten aufgebraucht zu sein. Der Ton wird rauher, inhaltliche Differenzen werden nicht hinter verschlossenen Türen beigelegt, sondern in aller Öffentlichkeit ausgekämpft. In der zurückliegenden Woche stritten sich die Regierungsparteien gleich über zwei Themen, die bei der Bevölkerung für großen Unmut sorgen - das Straßenausbaubeitragsgesetz und die Krise der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM).

Seit einem Jahr beschäftigt der Feinschliff am umstrittenen Straßenausbaubeitragsgesetz die Koalitionspartner. Die Linkspartei.PDS trat stets auf die Bremse, weil sie befürchtete, daß ihr nach Inkrafttreten des Gesetzes scharenweise die Wähler in den östlichen Siedlungsgebieten, bislang PDS-Hochburgen, weglaufen. Um das zu verhindern, stellte ein PDS-Parteitag klare Änderungsforderungen auf. Betroffene Bürger müßten größere Mitspracherechte bei Straßenausbaumaßnahmen erhalten und soziale Zahlungsmodalitäten sollten verhindern, daß Rentner oder einkommensschwache Häuslebauer ihre Immobilien wegen zu hoher Straßenausbaubeiträge aufgeben müssen. Immer wieder tagten Expertengruppen beider Parteien. Schließlich einigte man sich auf eine Endfassung des Gesetzes, die nunmehr auch die Linkspartei fast einmütig mitträgt. SPD und Juniorpartner PDS hatten verabredet, den "Erfolg" gemeinsam zu präsentieren und auf einseitige Siegerposen zu verzichten. Diese Verabredung hielt jedoch nicht. Einzelne PDS-Politiker preschten zwei Tage vor der geplanten Präsentation vor und verkauften das modifizierte Gesetz als Sieg der Linkspartei.PDS.

Dieser Alleingang löste in der SPD Empörung und Verärgerung aus. Die Aktion werde man sich merken und bei entsprechender Gelegenheit "zurückfoulen", polterte ein führender SPD-Genosse. Es könne nicht angehen, daß sich die PDS mit vermeintlichen Gesetzeskorrekturen schmücke, die gar nicht vorgenommen wurden, sondern bereits lange vorher von der SPD vorgeschlagen und in den Gesetzestext eingearbeitet worden seien.

Wenige Stunden später fühlte sich die Linkspartei.PDS vom Koalitionspartner brüskiert. Finanzsenator Thilo Sarrazin, ohnehin der Mann fürs Grobe in der SPD, hatte angekündigt, viele Tausend Wohnungen der schlingernden Wohnungsbaugesellschaft WBM verkaufen zu wollen. Damit überraschte er zwar auch die eigenen Parteifreunde, aber noch mehr zog er sich den Zorn der Linkspartei.PDS zu. Der Verkauf von städtischen Wohnungen ist für die Linkssozialisten ein Tabuthema. Nur mit einem ausreichenden Bestand an landeseigenen Wohnungen könne man das Projekt "soziale Stadt" vorantreiben, so die PDS-Philosophie.

Ist der PDS wirklich so uneigennützig an der "sozialen Stadt" gelegen oder geht es einfach nur um individuelle Interessen im Vorfeld des Wahlkampfes? SPD-Kreise lancierten das Gerücht, die PDS wolle Wohnungsverkäufe nur deshalb stoppen, weil von den Veräußerungen auch Wohnungen in Friedrichshain betroffen wären. Und ausgerechnet dort wolle PDS-Spitzenkandidat Harald Wolf am 17. September um ein Direktmandat für das Abgeordnetenhaus kämpfen. Das sei eine "böswillige Unterstellung", hieß es daraufhin aus dem PDS-Fraktionsvorstand.

Verärgerung in Sachen WBM herrscht auch bei der SPD. Die Sozialdemokraten sind frustriert, weil die Linkspartei.PDS versuche, sich als "alleinige Beschützerin des Volksvermögens aufzuspielen". Dieser Aufgabe habe sich die SPD schon früher verschrieben.

Wie frostig die Atmosphäre derzeit zwischen den Regierungspartnern ist, zeigte eine Episode während der aktuellen Stunde zum Thema WBM am letzten Donnerstag im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses. Nach dem Redebeitrag des SPD-Abgeordneten **Bernd Schimmler** rührte sich in der Fraktion der Linksozialisten keine Hand zum Applaus. Herzhaften Beifall von den PDS-Genossen erhielt dafür Oppositionspolitiker Alexander Kaczmarek (CDU). Ein untrügliches Zeichen für das zerrüttete Verhältnis von Rot-Rot.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) soll angesichts der Muskelspiele in den Reihen der PDS im eigenen Führungszirkel gesagt haben: "Wenn das so ist, dann werde ich jetzt wohl öfter mal mit Franziska Eichstädt-Bohlig von den Grünen einen Kaffee trinken gehen. Und zwar so, daß es auch von der Öffentlichkeit bemerkt wird."

Berliner Morgenpost vom 20. Februar 2006